



Der 18. Juni 1940 gilt heute als Gründungsdatum der französischen Résistance. Kaum ein anderes Ereignis ist so tief im nationalen Gedächtnis Frankreichs verankert wie der Aufruf von Charles de Gaulle aus dem Londoner Exil. Jedes Jahr wird seiner gedacht, Schulen lehren ihn als Wendepunkt der französischen Geschichte, und die spätere Fünfte Republik erhebt ihn zu einem ihrer zentralen Ursprungsmythen.

Doch hinter der symbolischen Kraft des „Appel du 18 juin“ verbirgt sich ein historisches Paradox, das oft in den Hintergrund tritt: Als Charles de Gaulle vor das Mikrofon der BBC trat, handelte er gegen die Anweisungen der damals rechtmässigen französischen Regierung. Aus Sicht des geltenden Rechts war sein Vorgehen eine Form des Ungehorsams. Aus Sicht der Nachwelt wurde genau dieser Ungehorsam zum Akt nationaler Rettung.

Frankreich am Abgrund

Im Juni 1940 befand sich Frankreich in einer der schwersten Krisen seiner Geschichte. Der deutsche Westfeldzug hatte die französischen Verteidigungslinien innerhalb weniger Wochen zerschlagen. Die Wehrmacht rückte rasch vor, Paris wurde aufgegeben, Millionen Menschen befanden sich auf der Flucht.

Am 16. Juni übernahm Marschall Philippe Pétain, der Held von Verdun aus dem Ersten Weltkrieg, die Regierungsgeschäfte. Bereits einen Tag später erklärte er in einer Radioansprache, man müsse „den Kampf einstellen“. Die Regierung entschied sich für Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich.

Für viele Franzosen erschien dieser Schritt damals als unausweichlich. Die militärische Niederlage schien vollständig. Die Alternative hätte bedeutet, den Krieg von Nordafrika aus fortzuführen – eine Option, die nur wenige politische und militärische Entscheidungsträger ernsthaft in Betracht zogen.

Ein General ohne Machtbasis

Charles de Gaulle war zu diesem Zeitpunkt keineswegs die nationale Führungsfigur, als die ihn spätere Generationen wahrnahmen. Der damals 49-Jährige war erst kurz zuvor zum Brigadegeneral auf Zeit befördert worden. Zudem bekleidete er seit wenigen Tagen das Amt eines Unterstaatssekretärs für Krieg und nationale Verteidigung.



Politisch verfügte er über keine demokratische Legitimation. Er war weder Regierungschef noch Oberbefehlshaber. Er führte keine bedeutenden Truppenverbände und repräsentierte keine etablierte politische Bewegung.

Sein Einfluss beruhte vor allem auf seinen strategischen Überzeugungen. Schon vor dem Krieg hatte er für eine Modernisierung der Streitkräfte und den verstärkten Einsatz von Panzerverbänden plädiert. Viele seiner Warnungen waren von der militärischen Führung ignoriert worden.

Als die Niederlage eintrat, war De Gaulle deshalb nicht nur ein Gegner der Kapitulation, sondern auch ein Kritiker jener politischen und militärischen Elite, die Frankreich in die Katastrophe geführt hatte.

Der Flug nach London

Am 17. Juni 1940 verließ De Gaulle Bordeaux in einem britischen Flugzeug Richtung London. Dieser Schritt war keineswegs selbstverständlich.

Die französische Regierung hatte sich klar auf einen Waffenstillstandskurs festgelegt. De Gaulle entzog sich bewusst dieser politischen Linie. Obwohl er formell noch Mitglied der Regierung war, verweigerte er die Gefolgschaft gegenüber deren zentraler Entscheidung.

Juristisch bewegte er sich damit in einer Grauzone. Politisch bedeutete sein Handeln jedoch eine offene Herausforderung der staatlichen Autorität.

In London fand er einen entscheidenden Verbündeten: den britischen Premierminister Winston Churchill. Dieser erkannte früh den propagandistischen und politischen Wert eines französischen Vertreters, der den Kampf gegen Deutschland fortsetzen wollte. Churchill verschaffte De Gaulle Zugang zur BBC und damit zu einer Öffentlichkeit, die er in Frankreich selbst nicht mehr erreichen konnte.

Eine Rede gegen die offizielle Politik

Am Abend des 18. Juni sprach De Gaulle über die BBC zu den Franzosen.

Seine Botschaft war schlicht und zugleich revolutionär: Frankreich habe eine Schlacht



verloren, nicht aber den Krieg. Die industrielle Stärke des britischen Empire und die wirtschaftlichen Ressourcen der Vereinigten Staaten würden den Kampf letztlich entscheiden. Deshalb müsse der Widerstand fortgesetzt werden.

De Gaulle rief Offiziere, Soldaten, Ingenieure und Facharbeiter dazu auf, nach Grossbritannien zu kommen und den Krieg an der Seite der Alliierten weiterzuführen.

Diese Erklärung war nicht autorisiert. Sie stand in direktem Widerspruch zur offiziellen Politik der französischen Regierung. Während Pétain den Waffenstillstand vorbereitete, erklärte De Gaulle faktisch, dass Frankreich weiterkämpfen müsse.

Damit entstand ein fundamentaler Konflikt zwischen Legalität und Legitimität.

Der Verräter von 1940

Aus Sicht der damaligen französischen Behörden war De Gaulle kein Held, sondern ein Rebell.

Nach dem Abschluss des Waffenstillstands etablierte sich in Vichy ein neues Regime unter Führung Pétains. Dieses betrachtete De Gaulles Aktivitäten als Verrat an Staat und Armee.

Am 2. August 1940 verurteilte ein Militärgericht den General in Abwesenheit zum Tode. Die Anklage lautete unter anderem auf Fahnenflucht, Hochverrat und Gefährdung der äusseren Sicherheit des Staates.

Die Entscheidung verdeutlicht, wie unsicher die historische Situation damals war. Heute erscheint De Gaulles Weg nahezu zwangsläufig. Zeitgenossen sahen dies häufig anders. Viele Franzosen unterstützten zunächst Pétain, dessen Prestige als Kriegsheld enorm war. Der spätere Ausgang des Krieges war im Sommer 1940 keineswegs absehbar.

De Gaulle handelte somit nicht auf der Grundlage eines sicheren Erfolgs, sondern unter Bedingungen erheblicher politischer und persönlicher Risiken.



Die Frage der höheren Legitimität

Der Kern der historischen Debatte liegt bis heute in der Frage, welcher Form von Legitimität Vorrang zukommt.

Die Regierung Pétains war zunächst legal eingesetzt worden. Sie verfügte über institutionelle Kontinuität und staatliche Autorität. De Gaulle hingegen handelte ohne Mandat und gegen die Beschlüsse der Regierung.

Seine Verteidigung beruhte auf einem anderen Verständnis politischer Legitimität. Für ihn war Frankreich mehr als seine aktuelle Regierung. Ein Staat, der vor dem Feind kapituliert und sich dessen politischen Forderungen unterwirft, könne zwar rechtlich bestehen, verliere jedoch seine moralische und nationale Legitimation.

In dieser Sichtweise repräsentierte nicht Vichy die wahre Kontinuität Frankreichs, sondern die „France libre“, die Freien Französischen Streitkräfte und der fortgesetzte Kampf an der Seite der Alliierten.

Nach der Befreiung Frankreichs wurde genau diese Interpretation zur offiziellen Staatsdoktrin. Die Republik erklärte, dass die legitime Kontinuität des französischen Staates nicht in Vichy, sondern in der Freien Frankreich-Bewegung fortbestanden habe.

Die Entstehung eines nationalen Mythos

Hinzu kommt ein weiterer historischer Befund, der lange Zeit wenig Beachtung fand: Der berühmte Aufruf vom 18. Juni wurde von nur wenigen Franzosen tatsächlich live gehört.

Die Reichweite der BBC war begrenzt, viele Menschen hatten keinen Zugang zu den Sendungen, und die dramatischen Ereignisse jener Tage überlagerten die Wirkung der Rede. Der heute bekannte Text entspricht zudem nicht vollständig der ursprünglichen Rundfunkansprache, sondern wurde später in Zeitungen veröffentlicht und in den Nachkriegsjahren symbolisch überhöht.

Der Mythos entstand daher nicht an einem einzigen Abend. Er entwickelte sich schrittweise während des Krieges und erhielt seine endgültige Bedeutung erst nach 1945.

Gerade darin liegt jedoch seine historische Bedeutung. Der Aufruf des 18. Juni zeigt, dass



politische Legitimität nicht immer mit formaler Legalität identisch ist. De Gaulle stellte sich gegen die Anordnungen der bestehenden Autoritäten, weil er überzeugt war, dass diese den Interessen Frankreichs nicht mehr dienten. Dass die Geschichte ihm recht gab, erscheint heute selbstverständlich. Im Sommer 1940 war dies alles andere als sicher.

Der spätere Staatsgründer handelte damals nicht als unangefochtener Nationalheld, sondern als isolierter Offizier, der bereit war, gegen die Regierung seines Landes aufzutreten. Der Gründungsakt des modernen Frankreich war damit zugleich ein Akt des Ungehorsams – ein seltenes Beispiel dafür, wie die Verletzung bestehender Autorität rückblickend zur höchsten Form politischer Loyalität werden konnte.

Autor: P. Tiko

Quellen:

Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre* (1954–1959); Fondation Charles de Gaulle (2025); BBC Archives (1940/2025); Robert Paxton, *La France de Vichy* (1972); Julian Jackson, *A Certain Idea of France: The Life of Charles de Gaulle* (2018); François Delpla, Studien zur France Libre (2020); Archives Nationales de France (2025).